

Eine couragierte Haltung der Betroffenen besteht nach dieser Auffassung allein darin, auch für die andere Seite Verständnis zu haben und bereit zu sein zum Konsumverzicht.

Entlarvung falscher Bilder
durch prophetisches Handeln

Demgegenüber steht die Erfahrung der sich selbst organisierenden Bürger, nicht auf Spezialisten vertrauen zu dürfen, sondern selbst kompetent werden zu müssen. Erst solcherart erworbene Kenntnis ermöglicht dann auch Zivilcourage im Angesicht der Fachleute, den Streit des Winzers mit dem Kraftwerkstechniker über Speziallegierungen und Schweißnahtprobleme. Die Christen, die an einer solchen Bewegung teilhaben, können ihre Heiligen Schriften auf neue Weise wahrnehmen und eine Relevanz entdecken, die ihnen vorher verborgen war. Vor allem haben sie die Chance, in selbstkritischer Aneignung zu lernen, wie fruchtbar die jahrhundertealte Botschaft der Propheten zum Verständnis ihrer Situation heute sein kann. Mit den Propheten können sie erkennen, wie falsche Bilder die Wirklichkeit verstellen; etwa das Bild, demzufolge eine Regierung so etwas wie ein unabhängiger Schiedsrichter ohne Eigeninteresse sei. Diese Aktualisierung von Tradition kann dazu beitragen, sich selbst als kirchliches und politisches Subjekt zu verstehen – und sich dann nicht mehr so sehr aufregen zu müssen über entfernte Würdenträger der Kirche, weil es *unsere* Kirche ist und auch wir ihr das Gesicht geben.

Für Vertreter der ersten Position besitzt Zivilcourage nur einen geringen Stellenwert; hingegen ist sie der zweiten Position zufolge von existentieller Bedeutung. Das liegt wohl wesentlich daran, daß es zu Zivilcourage nicht allein aus einer Deduktion abstrakter Prinzipien heraus kommen kann, sondern erst dann, wenn wirklich etwas auf dem Spiel steht: der Broterwerb, die Heimat, die Zukunft der Kinder. Vielleicht kann auf einer ganz grundsätzlichen Ebene daraus der Schluß gezogen werden, daß die Botschaft erst Fleisch werden muß, erst eingehen muß in irdische Betroffenheit, damit Zivilcourage möglich wird.

Jutta Dahl

Wie ermutigt man Betroffene zu Widerstand und Zivilcourage?

Ein Praxisbericht von der Cruise-Missiles-Basis in Hasselbach/Hunsrück

Themen wie Rüstung, Aufrüstung, Nachrüstung sind so komplex, daß die meisten Menschen es sich nicht zutrauen und es gar nicht wagen, sich überhaupt genauer damit zu befassen. Wie es in einer betroffenen Gemeinde trotzdem zu einer Bewußtseinsbildung und dann auch zu Widerstand mit großer Zivilcourage kommen konnte, das schildert der folgende Beitrag. red

1. Sich der Ungeheuerlichkeit stellen

Ich wohne in Bell, einem 400-Seelen-Dorf im Vorderen Hunsrück. Mein Mann ist Pfarrer in dieser Gemeinde. Auf der Gemarkung unseres Dorfes entstand in den letzten vier Jahren – mitten im Wald – ein 150 ha großes Militärgelände mit sechs Bunkern, bestimmt für die im NATO-Aufrüstungsbeschluß 1983 vorgesehenen 96 Marschflugkörper. Diese Basis wurde unter den Namen „Hasselbach“ bzw. „Wüschheim“ bekannt. Die erste von sechs Einheiten ist seit einem Jahr stationiert und übt innerhalb und außerhalb des Geländes.

Diese Einheit, die bereits da ist – vier Lkw mit je vier Raketen –, führt ein Vernichtungspotential mit sich, das der gesamten Sprengkraft des Zweiten Weltkrieges entspricht: 16 Atomraketen in unserem Gemeindewald, die alle Bombennächte der Vergangenheit, alle rauchenden Städte, alle Feuersbrünste des Krieges, alle Todesängste der 60 Millionen Toten, alle Schmerzen der Verstümmelten und Verkrüppelten, der Witwen und Waisen in ihren „Köpfen“ beireithalten.

Mein erster Schritt in die Friedensarbeit war, mich dieser Ungeheuerlichkeit zu stellen.

2. Der Blick endet am Zaun

Das ist nicht selbstverständlich, denn die Verdrängung hat in dieser Gegend Tradition. Der Hunsrück war immer ein wirtschaftlich unterentwickeltes, aber strategisch

wichtiges Gebiet. Schon Hitler baute hier Straßen und Flugplätze, stationierte hier die V 1, die Vorläuferin der heutigen Marschflugkörper. Nach dem Kriege knüpften die Sieger problemlos an diese Tradition an. Mehr als 70 Militäranlagen entstanden hier auf einem Gebiet von 50 × 100 km Größe.

Trotzdem begegnen sich Militär und Bevölkerung auch heute noch wie zwei Welten, die nichts miteinander zu tun haben, nebeneinander existieren, trotz der zahlreichen Arbeitsplätze, die das Militär bietet. „Ich weiß nicht, ob es hier Atomwaffen gibt, ich interessiere mich auch nicht dafür“, sagte mir vor einigen Jahren eine Bäuerin, die ihren Acker bestellte. Dieser Acker grenzte unmittelbar an den Hochsicherheitstrakt des Militärflughafens Hahn, ganz in unserer Nähe; hier lagern, auch heute noch, die Atomsprengköpfe der Luftwaffe. Diese Auskunft ist typisch für unsere Situation: Der Blick, und damit die Welt, endet am Zaun, für zahlreiche Menschen gibt es bis heute keine Veranlassung zu glauben, das, was sich hinter dem Zaun befindet, könnte mit ihrem Leben zu tun haben und von Wichtigkeit für sie sein.

3. Beginnende Wahrnehmung eines neuen Krieges

Besser: „Wußte nicht.“ Inzwischen hat sich manches verändert. Seit der Nachrüstungsdebatte, seit die Menschen hier mit eigenen Augen die fortschreitende Aufrüstung sehen – die zahlreichen neu ausgebauten Straßen, den neuen Hubschrauberlandeplatz, die verlängerte Landebahn in Hahn Air Base, das neue Treibstoffdepot mit 60.000.000 Liter Fassungsvermögen, die neuen Soldatenwohnungen, die neuen Zäune und Schilder, die Verdoppelung der Hundestaffeln und der Polizeifahrzeuge –, seither hat sich hier etwas verändert. Es war ein schmerzlicher und zugleich mutiger Entwicklungsprozeß vieler Menschen, das Entsetzliche, die Vorbereitung eines neuen Krieges, wahrzunehmen, Betroffenheit und Erschrecken zuzulassen und in ein Gespräch darüber einzutreten.

4. Weißes Leintuch: Du sollst nicht töten

Für mich begann diese Entwicklung im Dezember 1982. Damals brachte der „Stern“ als erster die Nachricht, daß unsere Gemeinde, zusammen mit Hasselbach, Stationierungs-

gemeinde würde. Drei Tage ging ich wie betäubt. Am meisten quälte mich die Erkenntnis, daß außer einer Handvoll „Friedensbewegter“ kein Hunsrückler eine schlaflose Nacht zu haben schien. Wie sollten wir das Gespräch in unseren Dörfern nur in Gang bringen? In dieser Situation entschlossen sich mein Mann und ich dazu, ein Leintuch aus dem Fenster zu hängen. Es trug die Aufschrift: „Du sollst nicht töten. Auch in Rußland leben Menschen. Keine Cruise Missiles nach Wüschheim“ (so hieß damals die Basis). Im Dorf so aus der Reihe zu tanzen ist nicht leicht, auch für den Pfarrer nicht. Niemand sprach uns darauf an. Es war, als existierte unsere Aktion gar nicht. Trotzdem spürten wir: Die bevorstehende Stationierung war über Nacht Gesprächsthema geworden, nicht bei offiziellen Stellen, aber in der Kneipe oder beim Frauenturnen oder am Bäckerauto.

Trotzdem dauerte es sehr lange, bis das Thema „Aufrüstung“ in unseren Dörfern „salonfähig“ wurde. Sprachen wir das Thema an, so stockte das Gespräch, die Leute wurden verlegen, suchten Ausflüchte, versuchten abzulenken. Selbst im Gemeinderat, in dem ein mutiges Ratsmitglied immer wieder betonte, daß sich der Rat mit der Stationierung befassen müsse, da die Gemeinde anhörungsberechtigt sei, wurden Türen geschlagen und die Sitzung im Zorn verlassen: „Wenn über Raketen diskutiert wird, dann ohne uns.“

In dieser Situation wandte ich mich an die Frauen der Gemeinde, die bei uns in der „Frauenhilfe“ organisiert sind. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß es nicht schwer ist, Frauen als Mütter und Großmütter auf ihre Verantwortung für den Frieden hin anzusprechen, solange man ihre Ängste (vor den Nachbarn, dem Ehemann, der Verwandtschaft, der eigenen mangelhaften Bildung) ernst nimmt und zuläßt. Die Frauen unseres Dorfes jedenfalls beschlossen, dem ängstlichen Schweigen des Gemeinderates durch eine Unterschriftenaktion entgegenzuwirken. Sie formulierten einen Brief, in dem sie den Gemeinderat aufforderten, die Raketenfrage im Interesse aller Bürger auf die Tagesordnung zu setzen. Einen Sonntag nachmittag lang gingen sie von Haus zu

Haus – die meisten zwischen 50 und 70 Jahre alt – und hatten binnen fünf Stunden 65% der stimmberechtigten Einwohner unseres Dorfes zur Unterschrift ermuntern können. Der Brief wurde dann samt Unterschriften im Amtsblatt abgedruckt. Wer das Dorf kennt, wo es wirklich nicht üblich ist, sich politisch zu exponieren, schon gar nicht als Frau, der kann sich über so viel Mut nur wundern. Die Aktion hatte Erfolg: der Gemeinderat nahm das Thema auf die Tagesordnung und lehnte die Stationierung dann ein halbes Jahr später einstimmig ab. Dies bedeutete insofern einen Durchbruch, als seither das ungeliebte Thema in regelmäßigen Abständen Gesprächsgegenstand im Gemeinderat geblieben ist – niemand liebt die Thematik, aber sie wird inzwischen tapfer akzeptiert.

Und dann erschienen plötzlich Friedenstauben in den Fenstern unseres Dorfes, erst zwei, dann drei, dann fünf, dann wurde wieder eine herausgenommen, aus Angst. Was in der Großstadt wahrlich nichts Besonderes ist: Auf dem Dorf entwickelte sich die Taube zu einem ersten kleinen Zeichen des Einübens in den Widerstand. Hinter jeder Taube steckte eine ganze Familiengeschichte, Auseinandersetzungen zwischen Mann und Frau, Kindern und Eltern, Familie und Verwandtschaft („Das kannst du uns nicht antun, wo doch dein Bruder beim Bund schafft.“). Heute hängt in jedem dritten Haus die Taube im Fenster.

5. Nicht Überzeugung, sondern Angst

Dabei ist es bemerkenswert, daß die Gegner solch kleiner Schritte des Widerstandes nicht etwa Rüstungsbefürworter sind. Die Raketenstationierung befürwortet in unseren Dörfern praktisch niemand, auch nicht CDU-Mitglieder. Es ist vielmehr die Angst, die immer wieder zum Nicht-Auffallen rät: die Angst vor den Nachbarn, vor den Arbeitskollegen, die Angst um den Arbeitsplatz – die auch nicht ganz unbegründet ist –, auch die Angst, mit der Friedensbewegung, den „Roten“ oder „Grünen“ in einen Topf geworfen zu werden, die Angst schließlich, mit Polizei oder Behörden in Konflikt zu geraten.

Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Als das ZDF in dem kleinen Dorf Hundheim Menschen nach ihrer Meinung über die Raketenstationierung befragt, erklären alle, sie seien dagegen, aber sie wollen es nicht vor der Kamera sagen. Der Grund: Eine Frau des Dorfes hat ihre Putzstelle bei den Amerikanern verloren, weil – so mutmaßt man – ihr Sohn die Friedensbewegung unterstützt. Ein weiteres Beispiel: Als ich einmal ganz aufgebracht erzähle, daß ich, auf einer öffentlichen deutschen Straße vor dem Cruise-Missiles-Bunkergelände stehend, von amerikanischer Militärpolizei gefilmt worden sei, sagen die Dorfbewohner ganz besorgt: „Aber Frau Dahl, warum bleiben Sie denn dort auch stehen, das ist doch klar, daß Sie dort auffallen.“ Ein letztes Beispiel: Als die Gemeindeversammlung des Dorfes Spesenroth (ca. 2 km vom Bunkergelände entfernt) ein Angebot der Bunker-Bauleitung in Höhe von ca. 200.000 DM für Splitt aus dem Steinbruch des Dorfes ausschlägt, setzt der Bürgermeister des Dorfes alles daran, daß niemand von diesem Beschluß erfährt: Er hat Sorge, mit der Friedensbewegung in einen Topf geworfen zu werden.

6. Einsichtig – „aber wir können nichts machen“

Solche Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Die Raketenstationierung wird in den Dörfern rund um den Stationierungsort praktisch von niemandem gutgeheißen, und doch werden zahllose Entschuldigungen aufgeboten, warum man selbst seinen Protest nicht öffentlich machen kann. Hieß das Stichwort im Rückblick auf die dreißiger und vierziger Jahre „wir haben nichts gewußt“, so könnte es heute bei uns heißen „wir waren dagegen, aber wir konnten nichts machen“. Immer wieder stoßen wir auf diesen Satz: Wenn wir abends in der Kneipe mit den Bauarbeitern und Spezialisten sprechen, die auf dem Bunkergelände arbeiten, so hören wir – fast einstimmig –: „Wir wissen, daß es falsch ist, aber was sollen wir denn machen... (. . . ich bin fünfundfünfzig . . . ich habe gebaut . . . als nächstes baue ich ein Krankenhaus in Kairo . . .)“ Ähnliches hören wir vom Wachpersonal: „Geben Sie mir einen anderen Arbeitsplatz,

dann höre ich hier sofort auf.“ Als wir mit den Polizisten reden, die uns bei der Blockade der vier Zufahrtstore am 20./21. November 1986 vom Platz tragen, sagen uns alle: „Wir verstehen euch, immer würden wir so einen Einsatz nicht durchhalten, aber was sollen wir machen?“ Ein Polizist fängt an zu weinen, als er eine Siebzugjährige vom Platz tragen muß – bis zur Weigerung aber ist es noch ein weiter Weg. Nicht anders erleben wir schließlich auch den Blockadeprozeß: Der Staatsanwalt, CDU-Mitglied, bescheinigt allen Blockierern ehrenwerte Motive, auch er sei völlig gegen die Aufrüstung – trotzdem erwirkt er Strafbefehle zu je dreißig Tagessätzen (gegenwärtig die höchsten in der Bundesrepublik). Der Richter schließlich bekennt sich zum Pazifismus, gibt sich als Bewunderer von Martin Luther King zu erkennen – und schließt sich gleichwohl dem Antrag des Staatsanwaltes an. Habe ich mich am Anfang gefreut über so viele „Verbündete“, so sehe ich es heute viel kritischer: Sind wir ein Volk von lauter Einsichtigen, die leider, leider nicht anders können, als Rädchen im Vernichtungsgetriebe zu sein?

7. Preisgabe von Grundrechten

So erleben wir hier beides: Kleine Gesten des Widerstandes, die doch für die Menschen in dem Dorf schon gewaltig sind: Die Teilnahme – herzklopfend – am Ostermarsch, die Friedenstaube auf dem Auto eines Bundeswehrangehörigen, die Unterschrift des Bürgermeisters unter einen Brief an den Verteidigungsminister, das Angebot an Demonstranten, in der eigenen Scheune im Stroh zu übernachten . . . Wir erleben aber auch das andere: Sich ducken, den Mund halten, Ausflüchte bereithalten, nichts sehen wollen, nicht erschrecken wollen, seine Ruhe nicht preisgeben wollen. Besonders aufregend finde ich dabei, daß häufig nicht einmal der Rahmen grundgesetzlich garantierter Rechte ausgeschöpft wird, sondern viele Rechte schon im Vorfeld durch Anpassung preisgegeben werden.

8. Resümee

Ich versuche ein Resümee: Angesichts der Freiheiten, die wir haben, ist es verwunderlich und beschämend, wie wenig die Menschen hier wider besseres Wissen wagen.

Trotzdem habe ich den Eindruck: Viele Menschen, die hier leben, stehen auf der Schwelle zum Neinsagen, warten darauf, daß jemand sie ermuntert und ihnen hilft, diese Schwelle zu überschreiten. Ich meine darum, die Friedensbewegung täte gut daran, über spektakuläre Aktionen diese anstrengende Arbeit in der Bevölkerung nicht zu vernachlässigen, die sehr viel Mut, daneben aber auch Einfühlungsvermögen und sehr viel Beharrlichkeit kostet. Sie lohnt sich ganz gewiß: Viele Menschen hier ahnen, daß Zivilcourage das Gebot der Stunde ist, und sie sind, in Liebe und Solidarität ermutigt, auch bereit, die schwere Tugend der Tapferkeit in kleinen Schritten einzüben.

Predigt

Norbert Greinacher

Konflikte in der Kirche (zu Apg 15, 1–29)

Konflikte in der Kirche von heute

Bis zum Tode Papst Pius' XII. am 9. Oktober 1958 hatte die katholische Kirche auf der ganzen Welt in Liturgie, Theologie und Kirchenrecht einen stark uniformen Charakter. Angesichts der verschiedenen Strömungen und Tendenzen in den protestantischen Kirchen wiesen die Katholiken mit einem gewissen Stolz auf diese Einheit der katholischen Kirche hin. Zwar gab es gerade auch im deutschen Sprachraum die Bibelbewegung und die Liturgische Bewegung, durch die neues Leben in die Gemeinden kam; eine Reihe von Theologen – im deutschen Sprachraum vor allem J. A. Jungmann und die Brüder Rahner u. a. – haben durchaus erfolgreich versucht, die festgefahrene Schultheologie aufzulockern und die Theologie mit neuen Fragestellungen stärker in den Dienst der Verkündigung zu stellen. Aber erst in der konziliären und nachkonziliären Zeit konnte sich diese größere Offenheit auf breiter Basis durchsetzen. Nun wurden ungleich mehr Probleme kontrovers diskutiert – sowohl in der theologischen Wis-